

Antrag

Initiator*innen: Mandy Siegenbrink (KV Lübeck)

Titel: Ä5 zu A25Neu: Rente mit Zukunft - gerecht und solidarisch

Antragstext

Von Zeile 41 bis 43:

Im ersten Schritt müssen insbesondere nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige; ~~Abgeordnete, Minijobber*innen~~ und ~~Bürgergeld-Beziehende~~ Abgeordnete in das System einbezogen werden. Ein solcher Systemwechsel erfordert flexible

Begründung

Minijobber*innen sind schon jetzt in die Rentenversicherung miteinbezogen, zwar mit abgeschwächten Beiträgen und dann auch entsprechenden abgeschwächten Rentenansprüchen. Eine weitere Einbeziehung mit höheren Beiträgen und dann auch höheren Renten bringt uns meines Erachtens nicht weiter, denn Ziel muss ja die Erhöhung der Einnahmenseite sein ohne Menschen, die wenig Einkommen haben noch mehr zu belasten. Gleichzeitig können Rentenansprüche nicht immer weiter erhöht werden ohne dass es durch höhere Beiträge kompensiert wird. Ähnliches gilt für Bürgergeldbezieher*innen. Für sie müsste der Staat die Beiträge zahlen, es würden also noch höhere staatliche Kosten entstehen. Bürgergeldbezieher*innen sind über die Grundsicherung auch im Alter versorgt.

Unterstützer*innen

Mayra Vriesema (KV Nordfriesland), Pascal Schenk (KV Lübeck), Annegret Kranz-Kniesel (KV Lübeck), Torben Höllman (KV Lübeck), Arne-Matz Ramcke (KV Lübeck),

Helmut Müller-Lornsen (KV Lübeck), Friederike Lünne (KV Lübeck), Florian Juhl (KV Pinneberg), Janine Mehlhorn (KV Lübeck), Bruno Hönel (KV Lübeck)